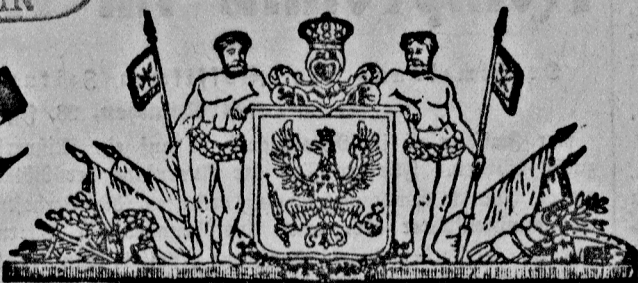


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags Beilage Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Preis: In Groß Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 1 M. n. 30 %, Tenierungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Ausnahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale, Ullstein & Co. Moritzplatz 11 200, 11 201, 11 202 bis 11 250, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 283

## Die preußische Landesversammlung verschoben.

### „Auf unbestimmte Zeit.“

Amtliche Meldung.

Weimar, 28. Februar.

Mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten hat das preußische Staatsministerium beschlossen, den Termin für den Zusammentritt der Landesversammlung auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

### Die Räterepublik in Bayern abgelehnt.

Zwischenfall im Rätekongress.

\* München, 28. Februar.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Heute nachmittag 3 Uhr drangen bewaffnete Angehörige der Schutztruppe mit vorgehaltenen Revolvern in den Sitzungssaal des Rätekongresses ein und riefen „Hände hoch!“. Sie richteten ihre Waffen gegen die Tribüne und verlangten, daß diese sofort geräumt würde. Hierauf nahmen sie die Führer der Kommunisten Dr. Leuten, Erich Mühsam, den Arbeitererrat Krohnaner und noch einige Kommunisten und Spartakisten gefangen. Von verschiedenen Mitgliedern des Rätekongresses wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder des Kongresses in dieser ihrer Eigenschaft immun seien. Darauf wurden die Besessenen wieder in Freiheit gesetzt. Der Vorsitzende Mühsam erklärte, diese Vorgänge seien auf das Verhalten des Stadtkommandanten, des Polizeipräsidenten und der Gewerkschaften zurückzuführen, die für das mehrheitssozialistische Programm eintreten. Die Kommunisten quittierten diese Ausführungen mit heftigen Protesten.

Nachdem die verhafteten Führer der Kommunisten wieder freigelassen und im Saal erschienen waren, wurde über den Kompromißantrag, dessen Einzelheiten wir auf der 2. Seite erwähnen, weiter verhandelt. Schließlich erhält Eisenmenger das Schlusswort, in dem er nochmals ganz ausgeglichen die dringenden Gründe zur Einigung darlegt. Mühsam verlangt namentliche Abstimmung über seinen Antrag und muß nun sehen, wie seine Freunde ihn verlassen. Mit 70 gegen 284 Stimmen fällt die Räterepublik. Der Antrag der vereinigten Sozialisten wird daraufhin angenommen. Nach der Abstimmung treten die Linksrädler Leuten, Gemeinster, Redler und Sauber von ihren Posten im Zentralrat zurück. Leuten sagt: Ich garantiere nicht, daß nicht Zusammenstöße und Blutvergießen kommen. Eine neue Revolution ist in Sicht.

Heute abend wird über das Ministerium beschlossen werden. Wenn nicht alles trägt, geht München sehr bewegten Tagen entgegen.

Wie uns das Berliner Fernamt mitteilt, ist der Fernsprechverkehr zwischen Berlin-München und Berlin-Düsseldorf völlig eingestellt.

### Befreiung Düsseldorf.

Einzug der Regierungstruppen.

Münster, 28. Februar.

Das Generalkommando teilt nachmittags 5 Uhr mit: Die Regierungstruppen sind heute vormittag in Düsseldorf eingerückt. Das Ständehaus und die Bahnhöfe sind besetzt worden. Die Haupttrübsenführer der Spartakisten sind entkommen. Im Übrigen herrscht Ruhe.

Wie wir an Berliner amtlichen Stellen hören, ist die Befreiung Düsseldorf mit Regierungstruppen nahezu kampflos erfolgt. Das ist um so erstaunlicher, als die Spartakisten Tausende bewaffneter Anhänger in der Stadt hatten. Es hat sich, wie bei allen Aktionen der Regierungstruppen gegen Spartakisten, auch diesmal gezeigt, daß die Anhänger der Spartakisten nur so lange für das Schließen eingenommen sind, als sie allein über die Waffe verfügten. Durch die Befreiung Düsseldorf ist das Hauptzentrum der Spartakisten geläubert worden und die öffentliche Ordnung im Industriegebiet zunächst wieder gesichert. Ausführlichere Mitteilungen aus Düsseldorf waren

gestern noch nicht zu erhalten, da die telephonische Verbindung mit Berlin noch immer unterbrochen ist und erst heute aufgenommen werden dürfte. Weitere Nachrichten über die Streikbewegung finden unsere Leser auf der 2. Seite.

### Aufbau oder Zusammenbruch.

Die innere Entwicklung in Deutschland treibt der Entscheidung entgegen. Sie treibt, denn es ist niemand da, der sie führt. In Weimar werden Reden gehalten. Während das Reich in Trümmern liegt, während die Bausteine, aus denen das neue Haus des deutschen Volkes gefügt werden sollte, willkürlich hier- und dort hin zerstreut werden, beraten Regierung und Nationalversammlung über eine geschmackvolle Innenausstattung des Hauses, das nicht da ist. Vor den Toren der Stadt tobt der Streik, der Berche stockt: Nahrung, Wärme, Kraft und Licht können in den nächsten Tagen versiegen. Aber niemand rührt sich, höchstens der Reichswehrminister. Er schickt Truppen.

Unter solchen Umständen kann die Entscheidung, der wir entgegentreten, kaum mehr zweifelhaft sein. Sie heißt: Katastrophe — wenn nicht im letzten Augenblick die Augen sich öffnen, um zu sehen, die Musteln sich straffen, um zu handeln. Nicht die Gewalt kann uns retten. Nicht der Generalstreik ist das Mittel, um die Katastrophe zu verhüten. Er würde vielmehr, selbst bei kurzer Dauer, die letzten Reste deutschen Wirtschaftslebens zerstören und den Zusammenbruch vervollständigen, den ja auch die Unabhängigen vermeiden wollen. Aber auch die Gewaltanwendung von Seiten der Regierung ist kein Heilmittel, wenn hinter ihr nicht der schöpferische Gedanke die aufbauende Tat steht, die allein einer Regierung das höchste Recht auf Autorität verleiht und auf die das deutsche Volk seit mehr als drei Monaten verzweifelt wartet.

Es ist nicht wahr, daß man dem sinnlosen Ablauf der Ereignisse wie einer elementaren Gewalt ohne Hilfe und Rettung gegenüberstand. Es war nicht von vornherein und unweigerlich die Tendenz der deutschen Volksträfte, zerstörend und selbstmörderisch zu wüten. Das ist auch heute nicht der Wille des deutschen Volkes. Es war und ist in seiner gewaltigen Mehrheit zum Schaffen bereit; aber nichts ist geschehen, um die schaffensfähigen Kräfte zusammenzufassen, zu leiten, zu organisieren. Nichts ist getan worden, um die Flut der Arbeitslosen, die sich in den Städten von Tag zu Tag staut, nach dem arbeiterhungrigen Land abzuleiten, und die Hunderttausende, die heute müßig gehen, in den Dienst der Volksernährung des kommenden Jahres zu stellen. Nichts ist geschehen, um die Förderung des wichtigsten Rohstoffes, den Deutschland besitzt, der Kohle, sicherzustellen. Man läßt die industrielle Produktion genau so hungern wie die landwirtschaftliche. Millionen Hände flieren, ohne es zu wollen. Hunger, Unzufriedenheit und Müßiggang werden zur einzig wirksamen Autorität, und das winzige Häuflein der Vereiner und Zerstreuten erhält plötzlich Gewicht und Stimme.

Die Zusammenfassung der schaffenden Kräfte war möglich und ist es noch. Sie allein ist das wirkliche Mittel gegen alle untauglichen Versuche eines Teils der Arbeiterschaft zur Selbsthilfe. Durch Nichtstun hat man die Bewegung der Arbeiterräte großgezogen und sie in einer Richtung bestärkt, die von der Demokratie weg und zur Willkürherrschaft hinführt. Heute ist keine Regierung mehr in der Lage, diese Bewegung mit einem schroffen Nein und einer höchstvollen Geste zu beseitigen. Auch die Gewalt der Waffen kann auf die Dauer nichts frommen, wenn sie als einziges Beruhigungsmittel angewendet wird. Heute gilt es, den Gedanken der Arbeiterräte im demokratischen Sinne umzugestalten und im Sinne einer allgemeinen freiwilligen Mitarbeit an dem Aufbau und der höchsten Steigerung der Gütererzeugung nutzbar zu machen.

Ein praktischer Vorschlag nach dieser Richtung ist gestern in der Sitzung der Berliner Arbeiterräte gemacht und mit erfreulichem Verständnis angenommen worden. Noch ist es Zeit, daß die Regierung nun auch ihrerseits das Problem erkennt, um dessen Lösung es sich handelt, und daß sie den Mut und die Entschlußkraft findet, ihm gerecht zu werden.

### Kammer der Arbeit und Arbeitsgemeinschaft.

Tagung des A. und S. Rates von Groß-Berlin.

Die gestrige Tagung des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Berlin gipfelte in der Annahme einer gemeinsamen Entschließung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Ueber die Rede des Mehrheitssozialisten Kalliski wurde bereits im Abendblatt berichtet. Zum Schluß behandelte Kalliski die Regelung der Produktion durch die „Arbeitsgemeinschaften“. Seine Darlegungen faßte er in folgenden Leitsätzen zusammen:

Der Rätegedanke muß auf dem Boden der Demokratie seine Verwirklichung finden. Das demokratische Räteystem muß in der Verfassung verankert werden. Es steht die Vertretung der Arbeitskraft des Volkes dar. Während das Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts die Vertretung der Bevölkerung nach ihrer kalendarischen Zahl darstellt, stellt die Kammer der Arbeit, die sich auf dem Räteystem aufbaut, die Vertretung der Produktivkraft und der Leistung des Volkes dar. In dem Parlament des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts sind alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre besondere Funktion vertreten, es repräsentiert die formale Demokratie. Die Kammer der Arbeit repräsentiert die schaffenden Kräfte der einzelnen Klassen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft, also den Aufbau des Sozialismus. Jede aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Körperschaft erhält eine Kammer der Arbeit. Die deutsche Einheitsrepublik wird von unten aufgebaut durch selbstverwaltende Gemeinden, Kreise, Provinzen, Länder, die Zusammenfassung ist das Reich. In jeder dieser genannten politischen Einheit herrscht das Parlament, ergänzt durch die Kammer der Arbeit.

Die Aufgaben der Kammer der Arbeit sind: Ausarbeitung und Prüfung aller Gesetze wirtschaftlichen Charakters; dauernde Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung mit dem Recht der Initiative bei der Sozialisierung einzelner Produktionszweige. Zu dem Zustandekommen eines Gesetzes bedarf es der Zustimmung beider Häuser. Wenn die allgemeine Kammer ein und dasselbe Gesetz dreimal in derselben Form angenommen hat, wird es auch ohne Zustimmung der Kammer der Arbeit Gesetz. Beide Kammern haben das Recht, ein Referendum zu verlangen.

Ferner bilden die Arbeiterräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Arbeitsgemeinschaften, die für alle Gewerbe errichtet werden müssen. Die bisher errichteten Arbeitsgemeinschaften, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten sind Vertretungen zur Regelung der Berufsfragen. Sie müssen nun auch zu Vertretungen der Produktion werden, die von den Unternehmern und Arbeitern gemeinsam getragen werden. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Unterbau der Sozialisierung.

Diese Resolution wird im weiteren Verlauf der Verhandlungen vorläufig zurückgezogen, weil ihr Gegenstand über die Tagesordnung hinausgeht. Es wird beschlossen, sie für eine künftige Beratung zurückzustellen und inzwischen eine Kommission einzusetzen, in die jede der vier Fraktionen drei Mitglieder entsenden soll, um für den Ausbau des Räteystems Richtlinien auf Grund der Kalliskischen Vorschläge aufzustellen.

Nach Kalliski erklärt sich auch Dr. Michaelis (Deutsche Demokratische Fraktion) für baldige Einberufung des Rätekongresses nicht als Konkurrenz für die Nationalversammlung, sondern um die wirtschaftliche Lage wiederherzustellen. Als letzter Redner erhebt ein Vertreter der kommunistischen Partei die bekannte Forderung nach voller politischer und wirtschaftlicher Gewalt für die A. und S.-Räte.

Im Laufe der Debatte erschien eine Abordnung, die behauptete, sie vertrete die 7000 Arbeiter der A. G. in Hennigsdorf, was aber späterhin von einem Arbeiterrat des Hennigsdorfer Werks entschieden bestritten wurde. Diese Deputation verlangte die Einsetzung einer Zentralkommission zur Vorbereitung des Generalkongresses für Groß-Berlin und die Ausrufung der Räterepublik. Die Deputation verlangte sofortige Entscheidung der Versammlung.

Der Kommunist Herzfuth wandte sich gegen den Parlamentarismus und die Demokratie. Der Redner beantragte zum Schluß eine ganze Reihe von Resolutionen, u. a. die Aufhebung der Nationalversammlung und die Neuwahl der Arbeiterräte. Dem Zentralrat soll das Recht abgesprochen werden, seine Tätigkeit weiter auszuüben, an seine Stelle soll der Volksgesamter treten.

Inzwischen hatten sich Mehrheitssozialisten und Unabhängige auf eine gemeinsame Resolution geeinigt. Darin protestiert die Versammlung gegen die in der Nationalversammlung, in kommunalen und sonstigen Behörden und im Unternehmertum hervorgerufenen Verluste, die A. und S.-Räte zu beseitigen oder auszuschalten. Sie glaubt, daß der Sozialismus mit Hilfe der Räte verwirklicht werden könne, und verlangt Einberufung der Reichskonferenz bis zum 18. März. Die